

deckten als Leichen den Boden eigenen und fremden Landes. Ist die Befreiung des fremden Volkes die Ursache des Krieges? Wer glaubt noch diesen Liedern?

Noch ein Beispiel! Die Engländer wollten nur deswegen in den Kampf eingetreten sein, um Belgien zu schützen und die deutsche Kriegerkaste, den Militarismus zu zerstören. So hörte man's. Aber wie geht die „Regierung Seiner Majestät“ vor? Vor allem nimmt England, wo es kann, den Deutschen alle Kolonien, alles Land ab. Natürlich fragt man die Bevölkerung nicht „unter welcher Herrschaft willst du bleiben, unter der deutschen oder der unsern?“ Lassen wir vorläufig Belgien, reißen wir Länder und Völker an uns. Warum soll denn der Deutsche sie besitzen?

Und so ist es auch mit dem Kampf gegen den Militarismus. Sie ereifern sich gegen den „deutschen Militarismus“, schimpfen auf die Preußen, geraten in Erregung: die Deutschen ertöten in ihren Bürgern jede freie Empfindung, sie verwandeln die Menschen in eine gefügige, gut dressierte Herde.

Die Kritik ist scharf. Viel ist richtig und zutreffend. Aber man redet so, und handelt anders. Der Sache nach sucht dieselbe englische Regierung, die auf die „Preußen“ schimpft, von ihnen zu lernen und die „deutsche Disziplin“ bei sich einzuführen. Seit Beginn des Krieges kämpft in England das Volk gegen die Regierung: die englische Regierung entschloß sich bei sich selbst dieselbe Militärrherrschaft einzuführen, um daretwillen man gegen Deutschland in den Krieg zog, die allgemeine Wehrpflicht an Stelle der freiwillig besoldeten Truppen, die bis dahin in England existierten.

Nach langem Widerstande der Arbeiter gelang es den englischen Geldmächtigen die Zwangsrekrutierung durchzusetzen. Aber auch damit kam der Kampf der englischen Arbeiter gegen den Krieg nicht zum Stillstande. Mehr als 5000 Sozialisten Englands schmachten in den Gefängnissen, weil sie sich weigerten an dem widerlichen Weltmorden teilzunehmen.

Die Unwahrhaftigkeit liegt offen zu Tage: ein fremdes Land will die englische Regierung von dem Uebel der „Militärrherrschaft“ befreien und zwingt dem eigenen Volke dasselbe Uebel auf! Und nicht genug damit: der englischen Regierung gefiel das Vorbild Deutschlands so, daß sie beschloß das Militärsystem auch in den Fabriken einzuführen, die Arbeiter zu mobilisieren, sie den Militärbehörden zu unterwerfen, ihnen das Recht auf Streik und Schutz ihrer Interessen zu nehmen, sie an den Staat zu fesseln. . . . Und diese wirkliche „Militärknechtschaft“ wurde nicht nur in England eingeführt, sondern auch in allen anderen kriegführenden Ländern, in Frankreich, Deutschland. So arbeiteten die Völker für kümmerliche Groschen, unter Entbehrungen und Unterdrückungen, und wer nicht parierte — ging an die Front unter die Kugel der Feinde.

Hartnäckig und kühn kämpfen die englischen Arbeiter gegen dieses neue Unrecht, gegen diesen neuen Vorstoß der Kapitalisten gegen die Arbeiter, kämpfen gegen die neue Knechtschaft, verteidigen ihre Rechte. Aber auch die englische Regierung gibt nicht nach. Das Beispiel Deutschlands gefällt, an der „preußischen Militärrherrschaft“ hat man Geschmack bekommen!

Zieht man den Schluß, so zeigt sich: dieselbe Ursache, dasselbe „Uebel“, um dessen Willen man gegen den Nachbarstaat in den Kampf zog, das „Uebel“ führt man bei sich ein, und befestigt es.

Die Deutschen gingen das russische Volk zu befreien, und führten bei sich während des Krieges die reinste zaristische Willkür ein. . . . Die Franzosen zogen das Schwert für die „Freiheit“ der Deutschen, und haben dafür soviel an Freiheit verloren, wie Frankreich es sich nicht hätte träumen lassen.

Es lohnt sich schon, aufmerksamer umzuschauen, denn es ist klar, nicht die Gründe, die sie das Volk glauben machen wollten, brachten die Mächte zum Krieg untereinander, nicht deswegen zogen sie in den Kampf gegen den Nachbarn, der Krieg hat andere Ursachen, andere Ziele und Grundlagen.

(Fortsetzung folgt.)

### Golgotha

Wo ein Großer immer unter Menschen  
Einer neuen Wahrheit Fackel trug,  
Die gleich gierig wilden Feuerbränden  
Iäh in liebe alte Formen schlug,  
Sprach die herrschende Gewalt:  
„Kreuzigt ihn!“ Und stellt ihn kalt.

Wenn dem Volke kühn ein neuer Geist  
Aus dem Trott der Welten Wege weist,  
Rauh am Moos des Alters schüttelt  
Und zu frohem Streit sich büttelt,  
Ist der Ordnunggeist schon da:  
„Alles bleibt so, wie es war!“

Mögt ihr wohl mit Fesseln und Gesetzen  
Zeitig hemmen noch den Gang der Welt,  
Könnt von Ort zu Ort die Wahrheit hegen,  
Aber endlich bleibt ihr doch das Feld!  
Einmal wird nach Tod und Nacht  
Nimmer sie ans Kreuz gebracht!

Berichtigung. Am Schluß des Artikels „Internationale Kommunisten und Unabhängige“, in der vorigen Nummer, muß der letzte Satz lauten: „Kapitalismus und Imperialismus haben international ökonomische, soziale und politische Verhältnisse geschaffen, die den politischen Massenkampf des internationalen Proletariats um den Sozialismus heute und jede Stunde zur Tagesordnung der Weltgeschichte stellen.“

Im übrigen sei bemerkt, daß diese grundsätzliche Darlegung des Gegensatzes zwischen Unabhängigen und Kommunisten vom Genossen Knieß zu Beginn dieses Jahres während seiner Vernehmungen in der Schutzhaft zu Protokoll der Kgl. Kommandantur in Berlin gegeben wurde. Daraus erklärt sich die besondere Form des Artikels.

Redaktion der „Arbeiterpolitik.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 50

Erscheint wöchentlich einmal  
Redaktion u. Expedition:  
Göeren Nr. 26.

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam  
Bremen, 14. Dezember 1918

Einzelnummer 20 Bfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Bfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

### Inhalt:

Der Sozialismus der sozialistischen Regierung. Von Anton Pannekoek	Seite 299
Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. Von N. Lenin	„ 300
Bolschewismus und Demokratie. Von Anton Pannekoek	„ 303

## Der Sozialismus der sozialistischen Regierung.

Von Anton Pannekoek.

Auf der Konferenz der Bundesstaatenvertreter meinte der Stuttgarter Reformist Heymann, die A- und S.-Räte hätten ihre Arbeit getan, das alte System gestürzt, und nun könnten sie gehen; die Revolution ist vollendet, wir haben eine sozialistische Regierung und ein neues Deutschland kann aufwachen. Also wäre nach seiner Ansicht die Revolution fertig und vollendet. Sehen wir, was die Revolution geleistet hat.

Sie hat allerhand alten feudalen Unrat beseitigt und damit Deutschland zu einem modernen bürgerlichen Staat gemacht. Keiner wird behaupten, Deutschland sei ein sozialistisches Land. Es sind Kräfte vorhanden, die zum Sozialismus hinführen können, aber vorläufig ist die Republik noch eine bürgerliche Republik. Die Arbeiter und Soldaten haben den Kaiser und einige Generale gestürzt, die sie als die Schuldigen am Kriegselend betrachteten. Aber sie haben zugelassen, daß an deren Stelle die Mitschuldigen, die durch ihre Zustimmung und Unterstützung das Kriegselend möglich machten, die Ebert und Scheidemann jetzt regieren.

Es sind einige neue Leute an die Spitze getreten. Glaubt man, daß damit etwas Wesentliches geschehen ist? Nehmen wir an, die Leute an der Spitze wären nicht, die sie sind, sondern revolutionäre Männer des Volkes, die mit aller Kraft den Sozialismus verwirklichen wollen. Glaubt einer, daß damit die Sache gesichert wäre? Sie brauchen nur durch irgend einen Umschlag der Machtverhältnisse durch andere ersetzt zu werden, und der ganze Sozialismus ist wieder verschwunden. Nicht, daß neue Leute da sind, die sich Sozialisten nennen, bestimmt das Wesen der neuen Republik, sondern was sie tun, um die Revolution zu festigen und vorwärts zu treiben. Was haben sie getan?

Sie fingen damit an, die ganze alte Bürokratie intact zu lassen. All diese Herren, die die Arbeiter jahrzehntelang schuhriegelten und quälten, sie sind nicht mit

Schimpf davongejagt, sondern fast alle im Amte belassen. Der ganze Unterdrückungsapparat besteht noch unverändert; der Druck der schweren Hand hat bloß, den Umständen Rechnung tragend, etwas nachgelassen. Die Herren haben sich alle — wie hübsch! — der neuen Ordnung zur Verfügung gestellt, und vorläufig gebärden sie sich alle demokratisch und tragen rote Abzeichen. Aber das beweist bloß, daß sie davon überzeugt sind, daß nachher ihre Zeit wiederkommt, und daß diese Regierung es nicht so übel meint. Wenn die Soldaten einmal nach Hause sind, die Arbeiter wieder in der Alltagsarbeit beschäftigt, wenn die geistige Atmosphäre der Revolution verraucht ist und die bürgerlichen Einflüsse wieder gewirkt haben, dann kommt die alte Zeit zurück mit ihren alten Behörden.

Eine revolutionäre Regierung hat zwei Dinge zu tun. Erstens die Macht des Gegners, die im ersten Ansturm niedergeworfen ist, völlig zu vernichten, damit sie sich nicht wieder erheben kann. Und zweitens die Macht der revolutionären Klasse zu festigen. Die Ebert-Haase-Regierung hat genau das entgegengesetzte getan: sie hat den großen Machtapparat der Bourgeoisie, die Staatsbürokratie in Stand gelassen und sucht den Massen weiszumachen, sie schulden diesen Herren Dank für ihren Patriotismus. Sie trachteten das neue Machtinstitut des Proletariats, die Soldatenräte, zu lähmen, indem sie die Disziplinargewalt der Offiziere wiederherzustellen suchten. Wäre ihnen das gelungen, so wäre der erste Schritt zur Konterrevolution gemacht. Die Soldaten haben an vielen Orten mehr sozialistische Einsicht gezeigt als diese Führer, indem sie diese Zumutung scharf zurückwiesen.

Lassalle hat in seiner Rede über Verfassungswesen — die jetzt zu studieren außerordentlich wertvoll ist — mit ägender Schärfe die bürgerlichen Demokraten von 1848 verhöhnt, die nicht wußten, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, daß zuerst der Feind entworfen werden muß, und daß solange papierne Verfassungen wertlos sind. Er hat offenbar die Ebert und Haase vorausgeahnt, denn dasselbe Spiel wiederholt sich jetzt. Sie lenken die Augen der Massen auf die Nationalversammlung, die eine Verfassung feststellen soll, eine papierne Verfassung. Aber sie vergessen, daß die wirkliche Verfassung in den Machtverhältnissen liegt. Daß also ihre Hauptaufgabe darin liegen müsse, die reale Macht, die Machtinstitute des Proletariats zu stärken, die der Bourgeoisie zu schwächen. Und wenn man sie gewähren läßt, wird der Schluß sein, daß Hindenburg oder ein anderer General an der Spitze einer Armee diese neue Regierung

davonjagt und eine rein bürgerlich-kapitalistische Bourgeoisieherrschafft wiederherstellt.

Was sie in ihrer bürgerlichen Beschränktheit verfäulen, müssen die Massen selbst nachholen: Festigung der Arbeiter- und Soldatenräte zu einer unangreifbaren Macht der Massen. Und wenn die Soldaten allmählich nach Hause gehen und demobilisiert werden, müssen an ihrer Stelle die Arbeiter bewaffnet werden. Nicht regellos, sondern die nach Fabriken und Werkstätten organisierten Arbeiter sollen fest organisierte rote Garden zur Verteidigung der Revolution bilden. Diese sind dann die Träger der politischen Macht, sie bilden das bewaffnete Volk, das seine eigenen Geschicke regeln und leiten kann.

Man wirft uns vor, wir wollen das Land durch eine Minderheit regieren lassen. Das ist unrichtig. Wir wollen, das die Arbeiterklasse mit den anderen proletarischen Schichten zusammen das Land regieren — sie bilden die Mehrheit — und sich dazu Macht verschaffen sollen. Wir wissen ganz gut, daß die Mehrheit dieser Massen noch nicht auf unserem Standpunkte steht. Aber das schadet nicht, sie wird durch die Tatsachen belehrt werden, daß unser Weg der richtige ist, und darauf können wir warten. Aber wir wollen mit unseren Aufrufen verhindern, daß die Massen sich jetzt, da sie das noch nicht einsehen, von den falschen Führern, den Handlangern der Bourgeoisie entwaffnen lassen und dann später machtlos stehen, wenn sie des Besseren belehrt sind.

Die neue Regierung, als Verkörperung der Unklarheit, die noch in einem großen Teil der Massen herrscht, hängt zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und hofft, ähnlich wie Kerenski in Rußland, mit beiden zusammen regieren zu können. Sie wird daher nachher, in dem Maße wie das Klassenbewußtsein in den Massen schärfer wird und die Gegensätze losbrechen, den Halt verlieren und zerrieben werden, da sie nicht offen wählen kann. Vorläufig muß sie beiden Klassen etwas bieten; und zwar gibt sie der Klarheit des Klassenbewußtseins beiderseits entsprechend, der Bourgeoisie Lügen, den Arbeitern schöne Worte. Den Arbeitern — wie in der Proklamation an die zurückkehrende Armee — wird der Sozialismus versprochen — nur nicht zu schnell, nicht überstürzt, keine Experimente! Der Bourgeoisie wird aber zugesichert, daß die Regierung nicht daran denkt, die Banken zu nationalisieren, oder den Besitz anzutasten; und die Bourgeoisie fängt auch ruhig an, ihre kapitalistische Wirtschaft wieder aufzubauen.

In dieser Haltung steckt vor allem Unfähigkeit und Ratlosigkeit. Die neue Regierung sieht keine Möglichkeit, eine neue Ordnung kräftig einzuleiten. Sie muß sich stützen auf die Hilfe der alten Bürokratie, weil sie kein Vertrauen hat zu den neuen Kräften der Massen. Sie traut sich nicht, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen; sie glaubt nicht ohne die Bourgeoisie auskommen zu können — in Deutschland, das Kautsky vor 20 Jahren schon reif für den Sozialismus erklärte. Aber schließlich werden die entschiedeneren Elemente, wenn sie von den Massen weiter getrieben werden, doch etwas tun müssen. Die Unabhängigen arbeiten schon Pläne aus, mit der Sozialisierung einen Anfang zu machen. Wird dann der Sozialismus nicht doch kommen?

Hier liegt eine neue Gefahr für die Massen, wenn

sie nicht scharf aufpassen. Die sozialistischen Maßnahmen, die hier gemeint werden, betreffen Verstaatlichung großer Privatbetriebe. Das ist aber nicht der Sozialismus den das Proletariat braucht, sondern es ist Staatssozialismus. Und damit ist das Proletariat nicht besser, sondern eher schlimmer daran. Schon vor zwei Jahren, als Jaffe, der jetzige bayrische Finanzminister, mit seinen staatssozialistischen Plänen hervortrat, ist dagegen im „Vorboten“ gewarnt worden.

Staatssozialismus ist der Gipfelpunkt des Kapitalismus; und weitblickende Großkapitalisten haben sich dafür schon ausgesprochen. Wenn der Staat ihre Riesenbetriebe übernimmt, sorgt er für das Eintreiben des Mehrwerts, den sie als Zinsen bekommen, und sie haben keine Schere mehr mit den Arbeitern. Der Staat hält die Arbeiter nieder — indem er einen Teil eine Vorzugsstellung gibt und korrumpiert und damit den Rest durch seine Macht widerstandsunfähig macht — und sichert dem Kapital seine Einkünfte. Es ist auch eine Regelung der Produktion, eine Organisation der Arbeit, also Sozialismus, aber ein Sozialismus, der die tiefste, unabänderlichste Sklaverei des Proletariats bedeutet. Von dem proletarischen Sozialismus unterscheidet er sich dadurch, daß die Ausbeutung bestehen bleibt. Nicht die Organisation durch den Staat, sondern die Ausbeutung, das Kapitaleinkommen unterscheidet beide. Proletarischer Sozialismus besteht nicht bloß in der Sozialisierung der Produktion, sondern in erster Linie in der Konfiskation des Kapitaleinkommens. Ob die Verstaatlichung zum einen oder zum anderen führt, hängt davon ab, welcher Staat sie durchführt, wer die Macht im Staate besitzt. Und daher kommen wir wieder zu demselben Schluß wie vorher: Die Kernfrage der heutigen Situation ist die Frage der gesellschaftlichen Macht.\*)

Wenn eine Regierung, wie die heutige, Verstaatlichung ankündigt, ohne die Machtmittel des Proletariats allmächtig zu machen, und die Machtmittel der Bourgeoisie zu vernichten, so führt das zum Staatssozialismus, zur schlimmsten Sklaverei des Proletariats.

Nur wenn die Arbeiterklasse sich die ganze Macht im Staate sichert und die Bourgeoisie machtlos macht, kann sie durch Verstaatlichung der Produktion zum Sozialismus und zur Freiheit gelangen.

## Das Militärprogramm der proletarischen Revolution.

Von N. Lenin.

Vorbemerkung: Der folgende Artikel des Genossen Lenin wurde noch während des Krieges veröffentlicht. Er ist das Ergebnis einer Polemik, die in den linksradikalen Organen der Schweiz ausgetragen wurde. Die Polemik drehte sich um die Frage: Miliz im Sinne des alten sozialdemokratischen Programms oder Entwaffnung? Lenin entwickelt die Forderung der Entwaffnung gegenüber die Forderung der Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung der Arbeiterklasse. Da das Thema gerade heute für die deutsche Arbeiterklasse von größter Bedeutung ist, so bringen wir den Artikel des Genossen Lenin hiermit zum Abdruck. Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß wir mit der in ihm entwickelten Auffassung völlig übereinstimmen.

Redaktion „Arbeiterpolitik“.

\*) „Der Sozialismus ist nicht eine Frage der Staatsbetriebe, sondern eine Frage der Macht des Proletariats.“ (Vorboten Nr. 2 Seite 25)

1.

Das grundlegende Argument der Entwaffnung besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste und konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der „großen“ imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir halten den Krieg, den diese Bourgeoisie jetzt führt für einen reaktionären, versklavenden und verbrecherischen Krieg. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege gegen diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten und von ihr abhängigen Völker oder der Völker ihrer Kolonien für ihre Befreiung? In den „Leitfäden“ der Gruppe „Internationale“ lesen wir in § 5: „In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.“ Das ist offenbar unrichtig.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des „entfesselten Imperialismus“, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das was wir Europäer, die imperialistischen Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Erde, mit dem uns eigentümlichen, niederträchtigen europäischen Chauvinismus „Kolonialkriege“ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht eben darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigen Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Das ist Tatsache. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus häufig nationale Kriege erzeugen muß. Junius, der in seiner Broschüre die genannten „Leitfäden“ verteidigt, sagt in der imperialistischen Epoche, führe jeder nationale Krieg gegen eine von den imperialistischen Großmächten zum Eingreifen einer zweiten, mit der ersten konkurrierenden, gleichfalls imperialistischen Großmacht und dadurch werde jeder nationale Krieg in einen imperialistischen verwandelt. Aber auch dieses Argument ist unrichtig. Es kann so sein, es ist aber nicht immer so. Mehrere Kolonialkriege in den Jahren 1900 bis 1914 gingen nicht diesen Weg. Und es wäre einfach lächerlich, wenn wir erklärten, daß z. B. nach dem jetzigen Krieg, wenn er mit der äußersten Erschöpfung der kriegführenden Länder endigt, es „keinen“ nationalen, revolutionären Krieg, meinetwegen seitens China im Bunde mit Indien, Persien, Siam usw. gegen die Großmächte, geben kann. Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenbar falsch, praktisch ist sie europäischer Chauvinismus; wir, die wir zu den Nationen gehören, die Hunderte Millionen von Völkern in Europa, Afrika, Asien usw. unterdrücken, wir wollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen „unsere“ Nation sei unmöglich.“<sup>1</sup>

Zweitens: Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch

Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle größeren Revolutionen bestätigen das, Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Das kann im Zeitalter der Warenproduktion nicht anders sein. Daraus folgt der unvermeidliche Schluß: Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen erzeugen, sondern auch das direkte Streben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie.

Engels hatte vollständig recht, als er in seinem Briefe an Kautsky vom 12. September 1882 ausdrücklich die Möglichkeit von „Verteidigungskriegen“ des bereits siegreichen Sozialismus anerkannte. Er meinte nämlich die Verteidigung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder. Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande, niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden die Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich garnicht richtig — und garnicht revolutionär, — wenn wir gerade das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das, was beim Uebergang zum Sozialismus den schwersten Kampf erfordert, umgehen oder vertuschen. Die „sozialen“ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen; sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie jeden Gedanken an erbitterte Massenkämpfe und Klassenkriege und jede Tätigkeit dafür von sich weisen, um diese schöne Zukunft zu verwirklichen. Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff „Landesverteidigung“ manchem verhaßt, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kautskyaner die Lüge der Bourgeoisie im gegebenen Raubkriege verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, daß wir verlernen dürfen über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. „Landesverteidigung“ im gegebenen Kriege anerkennen, heißt diesen Krieg für einen „gerechten“, dem Interesse des Proletariats dienenden halten. Weiter nichts und abermals nichts! Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, die Landesverteidigung der unterdrückten Völker in ihrem Kriege gegen die imperialistischen Großmächte oder des siegreichen Proletariats in seinem Kriege gegen irgend einen Gallifet eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen.

Es wäre theoretisch grundsätzlich zu vergessen, daß

jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und Unvermeidbarkeit erstens von revolutionären nationalen Aufständen und Kriegen, zweitens von Kriegen und Aufständen des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens von einer Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen.

2.

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffen zu kennen, sich in Waffen zu üben und Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns selbst zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß keine Rettung daraus möglich und denkbar ist, als nur durch Klassenkämpfe. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die unterdrückte Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während des Streiks in allen kapitalistischen Ländern zu erwähnen. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten und wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zustimmen, sie sollen die Forderung der „Entwaffnung“ aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zweck, die Bourgeoisie zu besiegen, sie zu expropriieren und zu entwaffnen. — Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, begründet und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen zu werfen, was es auch ganz sicher dann — aber nicht früher — tun wird. Und wenn der heutige Krieg in reaktionären Sozialphrasen und weinerlichen Kleinbürgern vor Schrecken und Furcht nur Abscheu vor Waffengebrauch, vor Tod und Blut erzeugt, so sagen wir dagegen: die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer ein Schrecken ohne Ende.

Und wenn jetzt durch diesen reaktionärsten aller Kriege dieser Gesellschaft ein Ende mit Schrecken bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln. Nichts anderes als im Ausfluß der Verzweiflung bedeutete objektiv die Predigt und die Forderung, besser

gesagt: der Traum von der „Entwaffnung“. Jetzt, wo offenbar vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird. Wer das für eine „graue, bloße Theorie“ hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche Tatsachen: an die Rolle der Trufts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune von 1871 und die Dezembertage von 1905 in Rußland andererseits. Es ist die Sache der Bourgeoisie die Trufts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren und unfähigem Elend preiszugeben. Wir „unterstützen“ diese Entwicklung nicht, wir fordern so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir erklären, die Trufts und die Fabrikarbeit der Frauen sind progressiv. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trufts usw., hinaus und durch sie zum Sozialismus. Das gleiche gilt, mutatis mutandis, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische — und die übrige — Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht die Frauen militarisieren. Wir antworten: Desto besser! Nur immer schneller voran — je schneller, desto näher kommen wir dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus.

Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommunen nicht vergessen wollen. Das ist doch keine „Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten, allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz, daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und die imperialistischen Kriege naturnotwendig und unvermeidlich zur Wiederholung dieser Tatsachen führen müssen. Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestände, was wäre das für eine schreckliche Nation!“ Die Frauen und die Jugend vom dreizehnten Jahre an kämpften während der Kommune neben den Männern; es wird in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder garnicht Proletarier niederschleift; sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen. Und aus der heutigen, „erschrockenen“ oder entmutigten Nation — richtiger: aus der heutigen durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung — wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats entstehen. Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung ist alles. Der Imperialismus ist ein erbitterter Kampf der Großmächte um Verteilung und Neuteilung der Welt — er muß daher zur weiteren Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen.

Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen?

Nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf eine so schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen: „Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische — das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Raubkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines „eigenen Landes“ zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“ Wenn man nicht solche Propaganda, und nur eine solche, im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution und von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

## Bolschewismus und Demokratie.

Von Anton Pannekoek.

Die Frage der Demokratie ist jetzt die große Streitfrage in der Reorganisation Deutschlands.

Die vorläufige Regierung tut ihr Möglichstes die alte Staatsgewalt zu festigen gegen die neue revolutionäre Gewalt der Arbeitermassen. Ihr kommt dabei die ganze geistige Erbschaft der alten sozialdemokratischen Partei zu Gute; mit den „altbewährten“ Sätzen, die viele Jahrzehnte lang durch die Partei in ihrer Agitation den Massen eingepaukt wurden, hofft sie die weniger klar blickenden Arbeiter zu beruhigen. Demgegenüber können die revolutionären Wortführer des Proletariats sich stützen auf alles, was die Erfahrung der letzten Jahre uns Neues gelehrt hat. Und diese neuen Einblicke beziehen sich vor Allem auf die Demokratie.

Was bedeutet, was soll die Demokratie? Regierung des Volkes. Das Volk soll sich selbst regieren, nicht von anderen regiert werden. Es soll seine Angelegenheiten selbst, nach eigenem Willen besorgen.

In diesem Satz ist sofort zu bemerken, daß er, so wie er buchstäblich lautet, außerhalb der Realität steht und nur über unwesentliche Begriffe handelt. Denn ein „Volk“, das seine eigenen Angelegenheiten regeln könnte, gibt es nicht. Das Volk ist gespalten in Klassen; Ausbeuter und Arbeiter stehen einander scharf gegenüber. Arbeiter und Ausbeuter haben keine oder nur sehr nebensächliche gemeinsame Angelegenheiten; einen gemeinsamen „eigenen“ Willen können sie nicht haben. Und wenn nach der strengsten, radikalsten formellen Demokratie Arbeiter und Bourgeoisie richtig nach ihrer Zahl in einem Parlament vertreten wären, wie könnten sie zusammen regieren?

Was könnten sie sonst als fortwährend hadern und einander in der Arbeit lähmen?

Wenn wir vom Volke reden, meinen wir die Volksmasse im Gegensatz zu der besitzenden Minorität. Dieses Volk, das arme, arbeitende Volk, die Proletarierklasse soll sich selbst regieren. Das Proletariat bildet die Masse, die Mehrheit; ihr Interesse soll also alles Geschehen in der Gesellschaft beherrschen.

Es soll nicht vorherrschen, indem zu 10 Prozent auch das Bourgeoisinteresse ein Bißchen mitzählt — das ist ebenso unmöglich, als die Vorstellung des Reformisten, daß früher das Arbeitsinteresse ein Bißchen mitzählte, als in Wirklichkeit das Kapitalinteresse allbeherrschend war. Das Interesse der arbeitenden Masse soll allein herrschen. Von zwei völlig entgegengesetzten politischen Zielen kann nur eins verfolgt werden.

Wir haben früher auch bisweilen Kritik an dem allgemeinen Wahlrecht geübt. Wir sagten: die Menschen sind einander nicht gleich, also sollen auch ihre Stimmen nicht gleich sein. Ein Mensch, der nur von seinem Kapital lebt, nicht arbeitet, nur als Parasit, als Drohne am Körper der Gesellschaft schmarozt, soll doch nicht ebenso viel dazurechnen haben, wie ein Arbeiter, der durch seine Arbeit die Gesellschaft in Stand hält. Dieser Grund war gewissermaßen ein ethischer. Jetzt können wir noch besser sagen: das Ziel unserer Politik, die jetzt notwendige Arbeit des sozialistischen Aufbaus der Gesellschaft, ist so völlig dem Interesse der Bourgeoisie entgegengesetzt, daß sie diese Arbeit möglichst zu hindern und zu hintertreiben suchen wird. Wer wird bei dem Bauen einer Wohnung Leute dabei aufnehmen, die nach Kräften zu hindern und zu zerstören suchen? Steht es einmal fest für die Arbeitermassen, daß sie ihre politische Herrschaft zum Aufbau des Sozialismus benutzen wollen, so muß sie die Bourgeoisie von der Mitarbeit ausschließen; Kapitalinteressen dürfen nicht mitreden. Das ist zwar keine formelle Demokratie, aber in der Tat eine höhere, bessere Demokratie, die Arbeiterdemokratie, die die Lebensinteressen der Masse vertritt. Sie ist daselbe was Marx die Diktatur des Proletariats nannte. Sie ist, was früher Kommunismus und jetzt Bolschewismus genannt wird. Sie ist im großen Maßstab jetzt in Rußland durchgeführt worden, nachdem die Pariser Kommune im Jahre 1871 die ersten Anfänge gezeigt hatte.

Man könnte nun fragen, wie sich das praktisch machen läßt, bestimmte Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Bourgeoisie vom Wahlrecht auszuschließen — abgesehen noch davon, daß das immerhin äußerlich als ein ungerechter Willkürakt erscheinen wird. Aber man vergißt dabei, daß die Herrschaft der proletarischen Massen zur Reorganisation der Gesellschaft gar nicht die Form einer Parlamentsregierung annehmen wird. Das zeigte sich schon bei der Pariser Kommune. Diese Körperschaft stellte sich bald in eine Anzahl Arbeitskommissionen, die die verschiedenen Verwaltungsgebiete besorgten: Verkehrsweisen, Arbeitsregelung, Lebensmittelversorgung, Heeresorganisation, Unterricht usw. Das konnte nicht alles von oben geschehen: diese Kommissionen mußten in Verbindung treten mit den selbstgebildeten Verwaltungskomitees einzelner Stadtteile; und hätte die Kommune länger bestanden, so hätte man sicher den Umweg der Wahl einer allgemeinen parlamentarischen Körperschaft abgeschafft und die zentralen Verwaltungskommissionen aus den Arbeiterorganisationen hervorgehen lassen. Aus der traditionellen Form des Parlaments bildeten sich von selbst im Kleinen neue Organe einer proletarischen Regierung.

Ähnliches, aber in einer viel vollendeteren Gestalt, hat sich in Rußland entwickelt. Die Arbeiterräte in der Stadt, die Bauernräte auf dem Lande und die Elemente

aus denen die Regierung von unten aufgebaut wird; sie bilden die Räte, die die verschiedenen Verwaltungen besorgen. Die Stadtverwaltung wird von den Arbeiterräten der Stadt gewählt; und die Arbeiterräte der Fabriken einer bestimmten Branche wählen die Verwaltung dieser ganzen Branche über das ganze Land. Ein allgemeiner Sowjetkongress, der dann und wann zusammentritt, bestimmt die allgemeine Politik; aber für jeden besonderen Zweig: Produktion, Lebensmittel, Verkehrs-wesen, Gesundheitspflege, Unterricht, treten besondere Kongresse zusammen, wozu die örtlichen Sowjets ihre sachverständigsten Mitglieder schicken, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen.

Diesen beweglichen Apparat hat das russische Volk sich gebildet aus der praktischen Notwendigkeit heraus, das gesellschaftliche Leben neu aufzubauen. Er bildet zugleich das Organ der proletarischen Diktatur; denn die Bourgeoisie kann darin keinen Anteil nehmen. Die Bourgeoisie wird nicht künstlich durch Enthaltung vom Wahlrecht aus der Regierung ausgeschlossen, sie findet einfach keinen Platz in dieser Organisation. Denn dieser Verwaltungsapparat, der zugleich Regierung ist, ist nicht auf die Personen, sondern auf die Arbeit aufgebaut; wer nicht in der Arbeit seinen Platz einnimmt, stellt sich selbst außerhalb der Möglichkeit, über die Geschicke des Landes mitzubestimmen. Der ehemalige Direktor oder Fabrikbesitzer, der bereit war als technischer Leiter weiter mitzuarbeiten — unter Kontrolle des Arbeiterrates — kann mit den anderen Arbeitern der Fabrik gleichberechtigt mitbestimmen. Die geistigen Berufe, die Ärzte, die Lehrer, die Künstler, bilden ihre eigenen Räte, die bei den sie berührenden Fragen mitbeschließen. All diese Räte bleiben stets in engster Verbindung mit den Massen, da sie fortwährend neu delegiert werden müssen und durch andere ersetzt. In solcher Weise muß dafür gesorgt werden, daß sich aus ihnen keine neue Bürokratie bildet; und dies ist möglich, weil zugleich durch intensive Lern- und Lehrtätigkeit die nötige Fähigkeit kein Monopol Einzelner bleibt.

Im Lichte dieser wirklichen Selbstregierung des Volkes wird erst klar, wie wenig auch das demokratischste Parlament eine Volksregierung verwirklichen kann. Es verwirklicht nur eine Regierung von Parlamentariern. Einmal vierjährlich oder jährlich müssen sie das Vertrauen des Volkes haben; durch schöne Reden, Versprechungen und Programme gewinnen sie die Stimmen, und dann sind sie Meister. Der unmittelbaren Einwirkung der Massen entzogen, nur einander beeinflussend, schalten sie während der ganzen Legislaturperiode, halten lange Reden und beschließen Gesetze. Aber doch nur zum Schein sind sie allmächtig: die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Beamtenherrschaft, der Bürokratie, die als Behörde über das Volk regiert. Diese sogenannte Trennung, der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt ist in den demokratischen Republiken der Welt das Mittel, die Massen zu beherrschen und ihnen doch den Schein vorzutäuschen, daß sie selbst herrschen; also das Mittel, die Herrschaft des Kapitals zu sichern. Die Praxis in Frankreich, Amerika, in der Schweiz, beweist, daß dort überall, trotz aller Demokratie, die Massen vom Kapital beherrscht und ausgebeutet werden. Und trotz des allgemeinen Wahlrechts sind die Massen machtlos und un-

fähig, dies zu ändern. Sie stehen einer kunstvollen Unterdrückungsmaschinerie gegenüber, die von Parlament, parlamentarischer Regierung und Beamtenherrschaft gebildet wird. Sie können nur an einer Stelle, dann und wann, bei den Wahlen, etwas beeinflussen: aber schon da kann sich ihr Wille nur halbwegs klären unter dem Dröhnen der Wahreden und dem Rauseln der Programme. Soweit aber die gewählten Parlamentarier bemüht sind, dem Volkswillen zu genügen, sind sie bald umgarnt von dem parlamentarischen Schmutz: Parteidisziplin, Kulissenschieberei, Intrigen, Redefähigkeit; und die „parlamentarische“ Regierung der Parteihäupter ist schon so gut wie unabhängig vom Volkswillen. Und diese Regierung ist wieder halb machtlos gegen das feste Gefüge der Staatsbürokratie, der Behörden, die den Massen als eine fremde Herrschergewalt gegenüberstehen.

Parlamentsherrschaft ist das Steckenpferd der Fachpolitiker, die durch lange Reden in der „Quasellbude“ ihre Unentbehrlichkeit zeigen wollen. Ihnen graut vor dem Bolschewismus, denn wo bleiben sie dann? Wenn statt lange Reden zu halten, praktisch gearbeitet werden muß, sind sie in der Tat überflüssig.

Marx und Engels bezeichneten den Staat als die Organisation des Kapitals zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse. Sie hätten hinzufügen können, daß die Demokratie daran nichts ändert, und bloß dazu dient, den Massen den Schein vorzutäuschen, daß sie selbst Meister sind. Sie stellten daher als erste Aufgabe der proletarischen Revolution: die Zertrümmerung des Staates. Das heißt, daß diese Maschine, die die Massen beherrscht und die außerhalb ihres Bereichs liegt, dieser Behörden- und Parlamentsapparat beseitigt werden muß. Diese Frage bildet jetzt den Kernpunkt des Streites zwischen der revolutionären und der bürgerlichen Richtung. Von ihr hängt die nächste Zukunft ab; denn wenn die alte Staatsgewalt unausgesetzt bleibt, kann sie unter späteren Umständen wieder ein Werkzeug werden zur Niederhaltung der jetzt aufständischen Massen und die Kapitalherrschaft wieder herstellen.

### Beharnischtes Sonett.

O, daß ich ständ auf einem hohen Turme.  
Weit sichtbar rings in allen deutschen Reichen,  
Mit einer Stimme, Donner zu vergleichen,  
Zu rufen in den Sturm mit mehr als Sturme:  
Wie lang willst du dich winden gleich dem Wurme  
Krumm unter deines Feindes Triumphrad Speichen?  
Hat er die harte Haut noch nicht mit Streichen  
Dir g'nug gerieben, daß dich's endlich wurme?

Die Berge wenn sie könnten würden rufen:  
Wir selber fühlten mit fühllosem Rücken  
Lang genug den Druck von eures Feindes Hufen.  
Des Steins Gebuld bricht endlich auch in Stücken  
Den Götter zum Getretensein doch schämen —  
Volk mehr als Stein, wie lang darf man dich drücken.

Friedr. Rückert

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 51

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Göeren Nr. 26.

Bremen, 21. Dezember 1918

Einzelnummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellsgeb.

### Inhalt:

An die Geistigen. Von Hugo Kersten . . . . .	Seite 305
Das Wilson'sche Programm. Von Anton Pannekoek . . . . .	„ 306
Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur? . . . . .	„ 307
Wozu haben wir gekämpft? Von A. Kollentai . . . . .	„ 308

### An die „Geistigen“.

Von Hugo Kersten.

Ihr lauft hinter der Revolution her und bildet Vereine und Schwazgesellschaften. Hinter der Tat steht bei Euch das Manifest. Es ist nicht Aufrehrer, Aufseher und Schürer, sondern Beschwichtiger, Sicherheitsorgan und Bewässerer.

Ihr prunkt mit dem, was angeblich erreicht ist, vergeßt aber, daß nicht Ihr es waret, die das Wenige erreicht haben, und daß Ihr leider nicht einmal unter denjenigen waret, die den 9. November vorbereitet haben.

Jetzt seid Ihr auf einmal alle wieder da wie vor 1914. Wo waret Ihr inzwischen? Niemand hat Euch gesehen! Ihr waret auch nicht in den Gefängnissen, wo man Euch unter der alten Regierung hätte suchen müssen! O nein, Ihr saßet sehr bequem in Euren Cafehäusern und hattet zu diskutieren über Eure Literatur- und Ateliertheorien, über Eure kleinen Sonderinteressen und über Eure großen Ziele — Ihr hattet zu diskutieren — wenn Ihr nicht gerade — wie so viele unter Euch — Verrat triebt an der Sache des Geistes — und des Sozialismus!

Jetzt seid Ihr auf einmal alle seit dem 10. November wieder da (denn am 9. hat Euch noch niemand gesehen!) Und Ihr alle seid Sozialisten! Ihr schreibt über Sozialismus, Eure Programme sind „sozialistisch“, Euer Mund stieß über von Sozialismus, und nur Eure Taten sind nicht sozialistisch.

Nicht, daß Ihr früher nicht sozialistisch waret, wäre der schlimmste Fehler. Denn viele, die es angeblich waren, sind es nicht, warum sollten nicht viele es werden, die nie angaben, es zu sein?

Ihr aber, die Ihr heute glaubt, Sozialisten zu sein, was ist Eure erste Tat, nachdem Arbeiter und Soldaten Euch den Schlaf aus den Augen gerieben haben? Ihr bildet Vereine, und Eure Vereine schreiben nach der — Nationalversammlung!

Man könnte meinen, daß Ihr mißbraucht werdet. Aber Ihr, die Ihr der Meinung seid den Geist des Landes zu repräsentieren — wie könnte der Geist mißbraucht werden von irgendwelchen politischen Kullissenschiebern? Aber Ihr, die Ihr heute nach der Nationalversammlung schreit, Ihr seid nicht einmal der Kopf, Ihr seid nur das Maul der Bourgeoisie, meine Herren Sozialisten!

Ihr schreit gerade jetzt, ausgerechnet jetzt (warum nicht am 4. August 1914 und früher?) gegen jede Gewalttätigkeit! Ihr habt den unglaublichsten Gewalttätigkeiten stumm zugehört. Jetzt aber, wo eine Gewalt gegen die andere steht, jetzt dreht Ihr Euch uns zu und ruft: „Nur keine Gewalttätigkeit!“ Könnt Ihr Euch in Euren kühnsten Theorien eine Revolution ohne Gewalttätigkeiten ausdenken, meine Herren Revolutionäre?

Und jetzt, ausgerechnet jetzt, proklamiert einer Eurer Vereine die „Unantastbarkeit des Lebens“. Wir sind gestorben, jahrelang, wir wurden verkrüppelt, jahrelang, wir sind verhungert, jahrelang!

Mag sein, das auch schon früher die „Unantastbarkeit des Lebens“ auf Eurem Programm stand. Aber zum mindesten habt Ihr nicht so laut geschrien wie jetzt, denn dann würdet Ihr heute nicht mehr leben, oder wir hätten Euch zum mindesten am 9. November aus den Gefängnissen holen müssen! Jawohl, die Unantastbarkeit des Lebens! Aber auch die Unantastbarkeit des Lebens derer, die unser Leben heute immer noch nehmen und es immer genommen haben? Auch die Unantastbarkeit des Lebens derer, die hinter feuernden Maschinengewehren stehen?

Wer vier Jahre lang den Mund nicht aufgetan hat, um die Unantastbarkeit des Lebens zu fordern, und wer es jetzt auf einmal mit soviel Stimmaufwand tut, der deckt mit seinem Kopf die Bourgeoisie, der deckt mit seinem Kopf den Geldschrank, vor den man ihn gestellt hat oder vor den er sich selbst gedrängt hat!

Ich hatte immer die Vorstellung, daß die junge Geistigkeit es sein müßte, die vor der Revolution marschiert, daß Ihr die Massen mitreißt zur Tat, Opfer und Märtyrer Eures Geistes. Oder ist Euer Körper zu wertvoll für ein Gewehr, das — leblos — für den Geist einsteht?!

Ihr aber kommt hinter uns hergelaufen, bildet in unserem Rücken Debattierklubs und brüllt: „Nationalversammlung!“